

Antrag A1

Antragsteller: Landesvorstand der Frauen Union der CDU in Niedersachsen

Thema: **Maßnahmen zur Stärkung der Bundeswehr**

Antrag zum Landesdelegiertentag der Frauen Union am 07.09.2024

Der Landesdelegiertentag der Frauen Union Niedersachsen möge beschließen:

Die Frauen Union Niedersachsen fordert:

- **Einhalten des 2%-Ziels, perspektivische Erhöhung**
- **Wiedereinführung der Wehrpflicht im Rahmen eines Gesellschaftsjahres**
- **Beschaffung von aktuellem Systemgerät, angepasst an die heutigen Herausforderungen**
- **Abnahmegarantien für Rüstungsunternehmen**
- **Abbau von Bürokratie und Vereinfachung der Beschaffung**
- **Sinnvolles Einsetzen bundeswehrinterner Ressourcen (z.B. Bauingenieure für Infrastruktur)**

Begründung:

„Zeitenwende – aber wann?“

Seit über 900 Tagen herrscht Krieg in der Ukraine, Krieg in Europa. Seit fast einem Jahr herrscht ein Konflikt in Israel. Seit fast einem Jahr hat die Bundeswehr sich aus Mali zurückgezogen und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung schlägt Alarm. Die aktuelle geopolitische Lage ist prekär. Und was ist nun mit der Zeitenwende? Das Sondervermögen Bundeswehr ist so gut wie ausgegeben. „Von 100 Milliarden Euro, die der Bundestag der deutschen Armee im Juni 2022 bewilligte, sind demnach exakt 99.999.691.000 Euro verplant. Das berichtet die FAZ (im April 2024) über die [...] Finanzplanung.“ Und der Bundesminister der Verteidigung erhält statt geforderten 6,7 Milliarden Euro nur 1,2 Milliarden Euro im aktuellen Haushaltsplan für 2025. Dies ist eine massive Unterfinanzierung des notwendigen beschleunigten Wachstums der Bundeswehr.

Diese Lücke setzt ein Zeichen in die internationale Politik, derer wir uns schwer bewusst sein sollten. Deutschland muss hinsichtlich der geopolitischen Lage Verantwortung übernehmen!

Das Material kommt?

100 Milliarden Euro sind ausgegeben. Die persönliche Schutzausrüstung der Soldatinnen und Soldaten kommt langsam, aber sicher, in der Bundeswehr an. Großgerät wurde bestellt, die Auslieferungszeiten sind in Teilen ungewiss. Was aber klar ist, ein großer Zeitfaktor sind die übermäßig langen und hoch bürokratisieren Beschaffungswege. Diese müssen zukünftig zwingend angepasst und verschlankt werden. Es ist unabdingbar, dass die Bundeswehr wieder mehr selbst zu verantwortenden Spielraum in der Beschaffung von Kleingütern erhält. Auch ist eine stärkere Einbeziehung der Truppe für die Beschaffung von Fahrzeugen und Waffensystemen zu versieren. Es benötigt langfristige Verträge und Abnahmegarantien mit und für die Rüstungsindustrie. Nur so schaffen wir eine Produktionssicherheit für die Unternehmen und den Ausbau der derzeit zwingend erforderlichen Kapazitäten. Produzierte

Waffensysteme und Verbrauchsgüter, wie Munition, müssen schnell in den Kreislauf der Bundeswehr überführt werden, damit Ausbildung nicht nur qualitativ hochwertig ist, sondern auch quantitativ betrieben werden kann. Ohne langfristig garantierte Abnahmen werden Unternehmen nicht in die notwendige Struktur investieren.

Weg mit der Bürokratie!

Vereinfachung der Beschaffung muss nicht die Ausnahme, sondern die Regel sein. Gleichmaßen muss der Bürokratieabbau nicht nur im Beschaffungswesen selbst, sondern auch in der Bundeswehr vorangebracht werden. Interne Ressourcen, Fähigkeiten und Expertise in der Bundeswehr, wie zum Beispiel im Bauingenieurwesen, werden nicht umfänglich und nicht immer effizient genutzt und müssen schnell, gewinnbringend und standortnah eingesetzt werden. So könnten Bauprojekte innerhalb der Liegenschaften schneller durchgeführt und der Planungsprozess auf das wesentliche verkürzt werden. Die Vereinfachung der Bürokratie im kleinen Rahmen, zum Beispiel bei der Beschaffung von Büromitteln, könnte viel Geld und Ressourcen einsparen.

Dein Jahr für Deutschland – aber sinnvoll!

Mit circa 180.000 (davon circa 24.300 Frauen, 13%) aktiven Soldatinnen und Soldaten erreicht die Bundeswehr noch nicht ihr Ziel. Ziel ist eine Marke von 203.000 Soldatinnen und Soldaten bis 2031. Von 2023 auf 2024 ist die Bundeswehr personell um circa 1.500 Soldatinnen und Soldaten geschrumpft. Im Hinblick auf die aktuelle Situation, den Aufbau von neuen Truppenteilen und der sogenannten „Litauen Brigade“, müssen diese Stellen schneller besetzt werden. Der Ansatz eines freiwilligen Wehrdienstes spiegelt die aktuelle geopolitische Situation nicht in Gänze wider. Sinnvoll ist eine Wehrerfassung, die alle Frauen und Männer eines Jahrgangs gleichermaßen verpflichtet treffen würde, auch wenn bei dieser Möglichkeit eine Grundgesetzänderung eingebracht werden müsste. Bei dieser vollumfänglichen Wehrerfassung ist im Friedensbetrieb dann auch die Angabe der Freiwilligkeit möglich, nicht jeder oder jede muss dann den Dienst in der Bundeswehr leisten. Aus Sicht der Frauen Union Niedersachsen darf eine Freiwilligkeit aber nicht an besonders attraktive Leistungen gebunden sein, wie die Parteispitze der SPD fordert. Dies kann für ein Ungleichgewicht in den sozialen Schichten sorgen und Sicherheit muss gesamtgesellschaftlich getragen werden. Es ist richtig und wichtig, dass wir über eine neue „Wehrpflicht“, „dein Jahr für Deutschland“ oder einen „Wehrdienst“ sprechen, aber das aktuell vorgestellte Modell ist nicht kompatibel mit der Realität und muss überarbeitet werden – ganz nach dem Motto „einfach mal machen!“ Es muss nicht immer alles direkt perfekt sein, aber wir müssen anfangen!

Deutsche Verantwortung in Europa

Das 2%-Ziel muss zwingend eingehalten werden. Deutschland muss in der Europäischen Union die Verantwortung übernehmen, die es gemäß seiner Wirtschaftskraft, der Bevölkerungszahl und seiner Fläche hat. Nur damit können wir ein Zeichen in Richtung unserer verbündeten Nationen senden und an die Länder, Regime und Regierungen, die den Frieden in der Welt gefährden. Die Lage verschärft sich immer weiter. Und wir müssen reagieren. Auch bei unseren Partnern bewegt sich einiges. Wir stehen kurz vor den Wahlen in den USA und die Entscheidungen, die wir heute treffen, werden maßgeblich für zukünftige Entscheidungen unserer Partner weltweit sein. Ob und wie uns unsere Bündnispartner, zum Beispiel die USA, in Zukunft unterstützen, ist mit einem möglichen Präsidenten wie Donald Trump ungewiss. Daher müssen wir selbst wehrhaft sein.